

## **Niederschrift**

über die 17. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien  
am Mittwoch, 31.01.2007, 17:00 Uhr,  
Raum 2/1, Stadthaus 2 (11. Etage), Ludgeriplatz 4, 48151 Münster.

Anwesend waren:

### **von der CDU-Fraktion**

Frau Sybille Benning in Vertretung von Herrn Funk, Frau Carmen Greefrath, Herr Christoph Jahn, Herr Josef Rickfelder

### **von der SPD-Fraktion**

Frau Maria Anna Hakenes, Herr Adrian Hergt, Frau Marianne Hopmann

### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Frau Jutta Möllers, Herr Karl-Heinz Neubert bis 19:30 Uhr (TOP 10)

### **von den Trägern der freien Jugendhilfe**

Herr Stephan Degen, Herr Prof. Dr. Martin Heidrich, Frau Jutta Lebkücher, Herr Ulrich Messing, Herr Alexander Schmidt, Herr Wilfried Stein

### **beratende Mitglieder**

Herr Frank Beckmann, Frau Gerda Benien, Herr Dr. Thomas Gahlen, Frau Dr. Andrea Hanke, Frau Beate Heeg, Frau Lisa Hester, Frau Petra Karallus in Vertretung von Frau Markerth, Frau Astrid-Maria Kreyerhoff in Vertretung von Herrn Tantow, Herr Spyridon-Paul Marinos bis 19:30 Uhr (TOP 10), Frau Dr. Karin Obst, Frau Anna Pohl, Herr Ulrich Schindler, Herr Dieter Schönfelder, Herr Lutz Selig, Herr Dietmar Wiese

### **von der Verwaltung**

Herr Gerd Bertling, Herr Stephan Brockhausen, Herr Tilman Fuchs, Herr Felix Graf von Plettenberg, Herr Chris Hagel, Herr Dr. Thomas Hauff, Herr Oliver Heintze, Frau Birgit Herdes, Frau Sibylle Kratz-Trutti, Herr Karl Materla, Frau Christine Menke, Frau Heike Nees, Herr Frank-Detlev Philipp, Frau Dr. Anna Ringbeck, Frau Christa Ruten, Frau Silke Thesing, Herr Heiner Vogt, Herr Dr. Claus Weth, Frau Petra Woldt

### **für die Schriftführung**

Herr Heinz Lembeck

### **es fehlten entschuldigt**

Herr Mark Dingerkus, Herr Klaus Fröse, Herr Markus Funk, Frau Christiane Hansmann, Frau Gabriele Markerth, Herr Jörg Siegel, Herr Klaus Tantow, Herr Norbert Weitz

### Tagesordnung:

- |                           |     |  |
|---------------------------|-----|--|
|                           | 1.  | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist              |
|                           | 2.  | Eingegangene Anträge und Eingaben  |
|                           | 3.  | Berichte und Mitteilungen  |
|                           | 4.  | Anfragen von Ausschussmitgliedern  |
| <u>V/0851/2006</u><br>VI  | 5.  | Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen 2007, geplante Instandsetzungsmaßnahmen   |
| <u>V/1054/2006</u><br>V   | 6.  | "Gesund aufwachsen in ... Münster" im Wettbewerb "Besser essen. Mehr bewegen".   |
| <u>V/0945/2006</u><br>V   | 7.  | Neuausrichtung der Stiftung Bürgerwaisenhaus   |
| <u>V/0926/2006</u><br>V   | 8.  | Hilfen zur Erziehung - Entwicklung und Ausbau frühzeitiger Präventionsangebote sowie Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems im Stadtteil Coerde |
| <u>V/0815/2006</u><br>IV  | 9.  | Gesamtkonzept zur Ferienbetreuung von Grundschulkindern in Münster - Koordination aller Maßnahmen  |
| <u>V/1043/2006</u><br>III | 10. | Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2005 bis 2015 der Stadt Münster  |
| <u>V/1042/2006</u><br>II  | 11. | 3. Kindertageseinrichtung im Neubaugebiet Gievenbeck-Südwest - nördlicher Teil<br>- Baubeschluss -   |
|                           | 12. | Verschiedenes  |

Der Vorsitzende, Herr Rickfelder, eröffnete um 17:05 Uhr die 17. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Er begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Frau Hakenes bemängelte, dass sechs der Vorlagen zur Sitzung nicht in der vorgesehenen Frist an die Mitglieder des Ausschusses verschickt wurden, so dass keine ausreichende Möglichkeit bestanden habe, die Sachverhalte in den Arbeitskreisen der Fraktionen zu erörtern. Sie beantragte, diese Punkte von der Tagesordnung zu nehmen mit Ausnahme der Vorlage V/1042/2006 „3. Kindertageseinrichtung im Neubaugebiet Gievenbeck-Südwest - Baubeschluss“, um zu dieser Maßnahme rechtzeitig die erforderlichen Beschlüsse durch Bezirksvertretung sowie Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen zu gewährleisten. Um eine termingerechte Beratung und Abstimmung über die abzusetzenden Vorlagen im Rat zu ermöglichen, erklärte sich Frau Hakenes mit einer Sondersitzung vor einer Ratsentscheidung einverstanden.

Herr Rickfelder teilte mit, dass der bisherige Tagesordnungspunkt 11 „Münsteraner Kinder- und Jugendförderplan - Einbringung“ von der Tagesordnung abgesetzt werde, weil die umfangreiche Vorlage einschließlich des Förderplans nicht rechtzeitig fertig gestellt werden konnte. Es hätte sich ohnehin nur um die Einbringung der Vorlage gehandelt. Die Unterlagen würden den Mitgliedern zur Vorbereitung auf die Sitzung am 01.03.2007 so bald wie möglich zugeschickt.

Gleichzeitig betonte der Vorsitzende, dass zumindest zu den bisherigen Tagesordnungspunkten 14.2 bis 14.4 aus dem Bereich der Tagesbetreuung für Kinder eine Beschlussfassung im Rat zum vorgesehenen Termin erforderlich sei, um die damit verfolgten Maßnahmen rechtzeitig zu realisieren.

Frau Möllers signalisierte Zustimmung, fragte aber nach dem Verfahren zu dem als Tischvorlage vorliegenden Antrag ihrer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur Vorlage V/0037/2007 „Kooperationsprojekt zum Thema Triple P - positives Erziehungsprogramm - für Eltern aus sozial benachteiligten Wohngebieten“ (Anlage 1).

Auf Bitte von Frau Möllers und Herrn Neubert unterbrach der Vorsitzende die Sitzung um 17:10 Uhr, um den Fraktionen eine kurze interne Beratung zu ermöglichen. Die Sitzung wurde um 17:20 Uhr fortgesetzt.

Einvernehmlich wurde vereinbart, die Tagesordnungspunkte mit den verspätet verschickten Vorlagen zu vertagen und nach der o. a. Tagesordnung weiter zu beraten. Ferner wurde abgesprochen, in einer Sondersitzung am 21.02.2007 um 16:00 Uhr zumindest über die alten Tagesordnungspunkte 14.2 bis 14.4 zu beraten und zu beschließen. Über die Aufnahme weiterer Punkte werde der Vorsitzende entscheiden.

Frau Dr. Hanke entschuldigte sich für die Verwaltung für den verspäteten Versand verschiedener Sitzungsunterlagen. Sie erklärte dies mit dem zum Teil hohen internen wie externen (mit freien Trägern) Abstimmungsaufwand für die zur Beschlussfassung vorgelegten Maßnahmen. Sie sagte gleichzeitig zu, innerhalb der Verwaltung zu prüfen, wie das Verfahren für Erstellen und Versand von Sitzungsunterlagen in geeigneter Weise verbessert werden könne. Auf entsprechende Hinweise aus dem Ausschuss machte Frau Dr. Hanke deutlich, dass die Verwaltung generell keine Informationen zu vorgeschlagenen Maßnahmen an die Öffentlichkeit gebe, bevor die Parlamentarier nicht die entsprechenden Sitzungsvorlagen erhalten hätten.

Der Vorsitzende teilte mit, dass mit den Unterlagen zur Sitzung auch eine Vorlage an den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung (V/0047/2007) u. a. zur Förderung der Ausbildung behinderter und schwer behinderter Jugendlicher verschickt wurde. Damit sollten die Ausschussmitglieder unabhängig von den Zuständigkeiten der Ausschüsse über den Sachstand informiert werden. Eine inhaltliche Behandlung des Themas unter einem eigenen Tagesordnungspunkt sei jedoch nicht vorgesehen.

Anschließend informierte Herr Rickfelder darüber, dass als Tischvorlagen von der Verwaltung verteilt wurden:

- die Schnellmeldung über einen abweichenden Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Nord vom 23.01.2007 zur Vorlage V/0926/2006 „Entwicklung und Ausbau frühzeitiger Präventionsangebote in Coerde“ (Anlage 2),
- eine schriftliche Antwort der Verwaltung auf Fragen der Bezirksvertretung Münster-Nord vom 23.01.2007 zur selben Vorlage (Anlage 3),
- den bereits erwähnten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur Vorlage V/0037/2007 „Kooperationsprojekt zum Thema Triple P - positives Erziehungsprogramm - für Eltern aus sozial benachteiligten Wohngebieten“ (Anlage 1) und

- die Übersicht über die Mittelumsetzungen innerhalb des laufenden Haushaltsjahres (Anlage 4).

Bevor mit den Beratungen der Punkte der Tagesordnung begonnen wurde, bedankte sich der Vorsitzende bei der Verwaltung für die gute Organisation der Wahlen zu den Jugendforen der Stadt Münster sowie der Fachtagung zur flexiblen Kindertagesbetreuung, deren Dokumentation noch an die Mitglieder verschickt werde.

### **Punkt 1 der Tagesordnung**

### **Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden wurde festgestellt, dass lediglich zum Tagesordnungspunkt 5 „Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen“ keine Anwesenheit des zuständigen Verwaltungsmitarbeiters gewünscht wurde.

### **Punkt 2 der Tagesordnung**

### **Eingegangene Anträge und Eingaben**

Herr Rickfelder gab folgende Etatanträge freier Träger zu den Etatberatungen für das Haushaltsjahr 2007 bekannt:

- Antrag der Beratungsstelle Trialog vom 15.12.2006, den kommunalen Zuschuss für die Beratungsstelle um jährlich 15.000 € zu erhöhen und
- Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes, Ortsverband Münster e. V., vom 28.12.2006, den städtischen Zuschuss für das Jahr 2007 um 23.730 € zu erhöhen.

Die Verwaltung habe zu den Anträgen der freien Träger - wie in den vergangenen Jahren - Kommentierungen aus fachlicher Sicht erstellt, die den Mitgliedern des Ausschusses bereits zugeschickt wurden.

### **Punkt 3 der Tagesordnung**

### **Berichte und Mitteilungen**

Frau Pohl berichtete:

#### **3.1. Zur Anfrage des Stadtsportbundes zu Fördermöglichkeiten für Sportvereine:**

Mit einem Schreiben vom 29.11.2006 habe der Stadtsportbund erfragt, inwieweit Fördermöglichkeiten für die Sportvereine und deren Jugendabteilungen beim Amt für Kinder, Jugendliche und Familien gegeben seien und ob Unterschiede zur Förderpraxis für andere Träger der freien Jugendhilfe bestünden.

Der Stadtsportbund sei davon unterrichtet worden, dass eine Bezuschussung der Sportvereine im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit abschließend durch den Beschluss des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien über die „Richtlinien zur Förderung der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Münster“ geregelt werde. Eine Gleichbehandlung aller Träger sei durchgängig gegeben. Im Übrigen hätten Sportvereine im Jahr 2005 Zuschüsse in Höhe von rund 32.000 Euro aus den Richtlinien erhalten.

3.2. Zur Information über die Perspektiven für die Fortsetzung der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII - AG 1 „Kinderfreundlichkeit/Kinderbeteiligung“ und AG 7 „Mädchen“:

Am 15.12.2007 habe das jährliche Gespräch mit den Sprecherinnen und Sprechern der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII zur Abstimmung der Arbeitsprogramme für das Jahr 2007 stattgefunden. Darin seien u. a. die Perspektiven für die Fortsetzung der Arbeit der - AG 1 „Kinderfreundlichkeit/Kinderbeteiligung“ und der AG 7 „Mädchen“ erörtert worden.

Zur AG 1 „Kinderfreundlichkeit / Kinderbeteiligung“:

Es habe sich die Frage gestellt, ob die Arbeitsgemeinschaft erhalten bleiben oder das inhaltliche Anliegen in den anderen Arbeitsgemeinschaften aufgegriffen werden solle. Gründe seien der Aufwand der Geschäftsführung durch das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien bei der inzwischen äußerst geringen Teilnehmerzahl und die Überlegung, dass ein Querschnittsthema wie Kinderfreundlichkeit und Kinderbeteiligung in der Arbeit aller Arbeitsgemeinschaften berücksichtigt sein müsse.

Inzwischen würden lediglich noch drei Träger aktiv in der Arbeitsgemeinschaft mitarbeiten. Gemeinsam mit den Sprecherinnen und Sprechern aller Arbeitsgemeinschaften sei daher vereinbart worden, dass die Arbeitsgemeinschaft bis Ende März 2007 versucht, weitere Teilnehmer zu gewinnen. Parallel dazu werde die AG 2 „Kinder- und Jugendarbeit“ Perspektiven für eine Kooperation bzw. Integration mit/der AG 1 „Kinderfreundlichkeit/Kinderbeteiligung“ erörtern. Die Verwaltung werde Ende März 2007 einen schriftlichen Vorschlag für die künftige Organisationsform unterbreiten.

Zur AG 7 „Mädchen“:

Das Frauenbüro beabsichtige, die Geschäftsführung der AG „Mädchen“ an das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien zu übergeben. Das Frauenbüro werde jedoch weiterhin an den Sitzungen der AG „Mädchen“ teilnehmen.

Aus Sicht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien werde eine Übernahme der Geschäftsführung als sinnvoll angesehen. Eine kurzfristige Entscheidung darüber sei aber schwierig. Neben den personellen Möglichkeiten stelle sich zurzeit die Frage, wie dem Thema „Jungen“ in der Arbeitsgemeinschaft Raum verschafft werden könne. Aus dem Kreis der Sprecherinnen und Sprechern aller Arbeitsgemeinschaften sei die Notwendigkeit betont worden, eine Konstruktion für die Sicherung des Themas zu finden. Es sei vereinbart worden, dass ein entsprechender Vorschlag aus der AG 7 „Mädchen“ unter Beteiligung des AK Jungen bis zur Sommerpause entwickelt wird.

3.3. Zur Dokumentation der Münsteraner Jugendkonferenz:

Am 07.11.2005 habe die 1. Münsteraner Jugendkonferenz und am 02.05.2006 die 2. Münsteraner Jugendkonferenz stattgefunden. Die Dokumentation der Jugendkonferenzen läge nunmehr vor und sei an die Mitglieder verschickt worden. Ziel der 1. Jugendkonferenz sei es gewesen, die Problematik zu analysieren, Lösungsansätze zu entwickeln und konkrete Maßnahmen einzuleiten. Die Dokumentation sei im Internet auf der Seite [www.jugendhilfe-muenster.de](http://www.jugendhilfe-muenster.de) abrufbar. Über Ergebnisse werde im Ausschuss noch berichtet.

### 3.4. Zu den Wahlen der Jugendforen und des Jugendrates der Stadt Münster:

Der 24.01.2007 sei mit einer enormen Wahlbeteiligung von 66,5 % ein erfolgreicher Start für die Jugendforen und den Jugendrat der Stadt Münster gewesen. Eine differenzierte Ausarbeitung zu den Ergebnissen werde zur nächsten Ausschusssitzung vorbereitet.

Frau Pohl stellte einige Eckpunkte der Wahlen aber bereits vor. So hätten sich 145 Kandidaten aus dem gesamten Stadtgebiet beworben, von denen 78 (53,8 %) weiblich und 67 (46,2 %) männlich waren. Der Schwerpunkt habe bei den 14-Jährigen (31,7 %) und den 13-Jährigen (25 %) gelegen. Wahlberechtigt seien alle Kinder und Jugendlichen gewesen, die 12 Jahre aber noch nicht 16 Jahre alt waren. Dies seien am Stichtag 9.709 Wahlberechtigte gewesen.

Insgesamt seien stadtweit 64 Kandidaten als Mitglieder für die Jugendforen gewählt worden, davon von der Schulform Hauptschule 11 Mitglieder (17,2 %), der Realschule 11 Mitglieder (17,2 %) vom Gymnasium 40 Mitglieder (62,5 %) und von der Gesamtschule 2 Mitglieder ( 3,1 %). Frau Pohl stellte in Aussicht, dass die gewählten Mitglieder werden voraussichtlich noch in den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien eingeladen würden.

Es entstand eine kurze Diskussion, in der es um die Kontaktaufnahme der politischen Vertreter zu den Mitgliedern der Jugendforen ging.

### 3.5. Zu den Hausbesuchen im Rahmen eines Präventionsprojekts in Kinderhaus:

Im Rahmen des Landes-Sonderprogramms Aktionsplan „Frühe Förderung von Kindern“ habe der Kommunale Sozialdienst, Bezirk Nord, in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und den Trägern Arbeiterwohlfahrt und Caritasverband in den Monaten Oktober bis Dezember 2006 Eltern von Kindern im Alter von 0 bis 2 Jahren im Wohnquartier Kinderhaus-West (so genannte statistische Stadtzelle 631) besucht.

Ziel sei es gewesen, die Angebote der Gesundheitshilfe und Jugendhilfe vorzustellen und die Bedarfe der Familien besser kennen zu lernen. Im Wohngebiet lebten 125 Familien mit kleinen Kindern. Davon seien 94 durch das Besuchsprogramm erreicht worden. 13 Familien lehnten einen Besuch ab und 18 Familien konnten trotz mehrsprachigem Anschreiben und wiederholten Besuchsversuchen nicht erreicht werden.

Die Hausbesuche hätten unter Beteiligung von Hebammen stattgefunden, deren Beratung besonders nachgefragt wurde. Die gesundheitliche Förderung der Kinder sei durchgehend als wichtig eingestuft worden. Als konkrete Bedarfe hätten die Familien den Wunsch nach Sprachkursen und Gruppen für Mütter mit kleinen Kindern in möglichst kulturspezifischen Gruppen geäußert.

Das Projekt werde in den nächsten Wochen weiter ausgewertet. Die Erkenntnisse würden in die weiteren Planungen der Jugend- und Gesundheitshilfe in Kinderhaus-West einfließen.

### 3.6. Zum Stand des Verfahrens für die künftige Entwicklung der Hortangebote in der Stadt Münster:

Das Land NRW werde ab dem Sommer 2008 nur noch 20 % der bestehenden Horte fördern. Für Münster bedeute das, dass noch rd. 60 Plätze (= 3 Hortgruppen) von den im Jahr 2005 bestehenden rd. 300 Plätzen vom Land gefördert werden.

Im vergangenen Kindergartenjahr seien von den 15 Hortgruppen (bei 14 Trägern) bereits zwei Gruppen umstrukturiert worden, der Hort Kunterbunt in Kinderhaus in Kooperation mit dem Bauspielplatz und die Hortgruppe in der Kath. Kindertageseinrichtung St. Nikolaus in eine Tagesstättengruppe für Kindergartenkinder.

Heute bestünden in Münster noch 13 Hortgruppen (bei 12 Trägern). Ein weiterer Träger (SKF) habe bereits die Umstrukturierung in eine u3-Gruppe zum Sommer 2007 beantragt. Eine entsprechende Vorlage sei in der parlamentarischen Beratung.

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien habe in den vergangenen Wochen mit allen Horten Gespräche über die künftige Entwicklung geführt. Bis zum März sei dem Land in einem ersten Antrag mitzuteilen, welche Horte als vom Land zu fördernde Horte gemeldet werden sollen. Ein wichtiges Kriterium sei dabei die soziale Situation im Einzugsbereich.

Entsprechend der Kriterien des Landes für die künftige Förderung und des Bedarfs an Förderhorten in Münster insgesamt bestehe die Absicht, 6 Hortgruppen mit insgesamt 120 Plätzen als „Förderhorte“ über das Jahr 2008 hinaus - unter anteiliger Einbeziehung von Landesmitteln - weiter zu fördern.

Zum 13.02.2007 seien die Hortträger zu einem Informationsgespräch eingeladen. In dem Gespräch werde über den aktuellen Entwicklungsstand informiert. Für die März-Beratungskette sei eine Vorlage für die beteiligten parlamentarischen Gremien vorgesehen, in der das Hortentwicklungskonzept konkret beschrieben und vorgestellt werde.

### 3.7. Zum Verfahren für die Sprachstandsfeststellung in Kindertageseinrichtungen:

Die im Frühjahr 2007 erstmals vorgesehenen und auf Grund der Neuregelung im Schulgesetz verpflichtenden Sprachstandsfeststellungen betreffen in Münster rund 2.400 Kinder. Das Amt für Schule und Weiterbildung habe mit dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien unter Einbeziehung der Grundschulen und Kindertageseinrichtungen für 2007 ein konkretes Umsetzungsverfahren für Münster abgestimmt. Die Kindertageseinrichtungen seien entsprechend schriftlich und darüber hinaus bei einer gemeinsamen Informationsveranstaltung im Januar 2007 informiert worden. Auch die Erziehungsberechtigten der Kinder würden rechtzeitig über Verfahren, Zielsetzung und Termin der ersten Sprachstandsfeststellungs-Stufe informiert.

Die Sprachstandsfeststellungen würden von den in den Grundschulen tätigen Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen nach einem von der Universität Dortmund im Auftrag des zuständigen Ministeriums entwickelten Verfahren vorgenommen. Danach würden die Kinder in der ersten Sprachstandsfeststellungs-Stufe von einer der Lehrkräfte der Grundschulen in enger Kooperation mit einer Fachkraft der Kindertageseinrichtung in Kleingruppen beobachtet. Dabei sollten die Kinder ermittelt werden, für die ein Sprachförderbedarf bestehen könne. Die Eltern würden schriftlich informiert, ob für ihr Kind eine altersgemäße Sprachentwicklung vorliege und das Verfahren somit beendet sei oder ob ihr Kind zur zweiten Sprachstandsfeststellungs-Stufe eingeladen werde.

Alle Kinder, die entweder im Rahmen der ersten Stufe des Verfahrens Sprachauffälligkeiten zeigten oder an dieser Stufe nicht teilnahmen (z. B. weil sie keine Kindertageseinrichtung besuchten oder krank waren) würden zur zweiten Sprachstandsfeststellungs-Stufe eingeladen. Dabei würden die Kinder durch die Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen der Grundschulen in ihrer Kindertageseinrichtung einzeln beobachtet und getestet. Die Erziehungsberechtigten würden unmittelbar nach Abschluss der zweiten Sprachstandsfeststellungs-Stufe schriftlich über das Ergebnis für ihr Kind informiert.

Eltern, für deren Kinder Sprachförderbedarf festgestellt werde, würden gebeten, diese Hinweise für eine Förderung an die Kindertageseinrichtung ihres Kindes weiterzugeben bzw. falls das Kind noch keine Einrichtung besucht, ihr Kind in einer Kindertageseinrichtung anzumelden. Die Sprachfördermaßnahmen seien ab dem Kindergartenjahr 2007/2008 von den Kindertageseinrichtungen durchzuführen.

### 3.8. Zur Alkoholpräventionskampagne „Voll ist out“:

Die städtische Präventionskampagne zum Alkoholkonsum „Voll ist out“ habe in diesem Jahr starke Partner für eine Premiere gewonnen - Schulen, Jugendzentren, Kirchengemeinden und viele andere Aktive würden mit ihren Aktionen vor allem Jugendliche ansprechen. Es gehe darum, sich kreativ mit dem eigenen Konsumverhalten auseinanderzusetzen. Außerdem würden Informations- und Weiterbildungsangebote für Eltern, Lehrkräfte und Erzieherinnen zum Programm gehören. Besonders erfreulich sei die weitere Kooperation mit der Vereinigten IKK, die die Kampagne zur Hälfte finanziere.

### 3.9. Zu dem Bericht der Verwaltung über Mittelumsetzungen innerhalb des laufenden Haushaltsjahres auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 21.02.1996:

Der regelmäßige Bericht über die Mittelumsetzungen im Rahmen des vom Rat beschlossenen Haushaltsplans (Anlage 4) wurde als Tischvorlage verteilt.

## **Punkt 4 der Tagesordnung**

## **Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Es lagen keine Anfragen von Ausschussmitgliedern vor.

## **Punkt 5 der Tagesordnung V/0851/2006**

## **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen 2007, geplante Instandsetzungsmaßnahmen**

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

## **Punkt 6 der Tagesordnung V/1054/2006**

## **"Gesund aufwachsen in ... Münster" im Wettbewerb "Besser essen. Mehr bewegen".**

Herr Dr. Weth vom Gesundheitsamt erläuterte den vorgelegten Bericht. Er wies darauf hin, dass die Stadt Münster die gesetzliche Forderung der Gesundheitsvorsorge seit nunmehr 10 Jahren intensiv umsetzt. Das ursprüngliche Thema „gesunde Schule“ sei dabei gemeinsam mit den Ämtern für Schule und Weiterbildung sowie Kinder, Jugendliche und Familien nach und nach auf die Bereiche Familie, Kindertageseinrichtung und Schule ausgeweitet worden. Mit dem aktuellen Projekt sei Münster in der Ausschreibung zum Bundesprojekt als einer von 24 Standorten unter ca. 250 Bewerbungen ausgewählt worden. Die Arbeiten würden sich erst im Anfangsstadium befinden und nun weiter konkretisiert werden.

Von verschiedener Seite wurde das Projekt gelobt, insbesondere sein präventiver, nachhaltiger und ganzheitlicher Ansatz. Auf der anderen Seite wurde aber auch deutlich gemacht, dass mit der avisierten Summe von 450.000 € ganz erhebliche Mittel zur Verfügung stünden, für die es auf die Entwicklung entsprechend qualifizierter Programme ankomme. In dem Zusammenhang wurden einige Positionen, wie z. B. die Förderung von Sportvereinen, kritisch hinterfragt.

Nach der Beantwortung weiterer Fragen nahm der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.



**Punkt 7 der Tagesordnung  
V/0945/2006**
**Neuaustrichtung der Stiftung Bürgerwaisenhaus**

In einigen kurzen Wortbeiträgen wurde die Neuaustrichtung zur Stärkung von Prävention begrüßt. Auf Nachfrage wurden der verfügbare Ansatz und das geplante Konzept zur Mittelverteilung von der Verwaltung noch einmal erläutert.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

Es wird beschlossen, dass

1. Prävention für Kinder und Jugendliche der Leitgedanke für die erneute Entfaltung von Stiftungsaktivitäten der kommunalen Stiftung Bürgerwaisenhaus ist. Damit wird ausdrücklich an die Historie der Stiftung angeknüpft und das Profil dieser Stiftung geschärft.
2. die Stiftung Bürgerwaisenhaus über einen Finanzpool in den nächsten 2 Jahren (2008 – 2009) jeweils 35.000 Euro, also 70.000 Euro insgesamt, für Präventionsprojekte bereitstellt.

Kosten/Folgekosten

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

	Wirtschaftsjahr 2008	Wirtschaftsjahr 2009
Pool ‚Präventionsprojekte für Kinder und Jugendliche‘	35.000	35.000“

**Punkt 8 der Tagesordnung  
V/0926/2006**
**Hilfen zur Erziehung - Entwicklung und Ausbau frühzeitiger Präventionsangebote sowie Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems im Stadtteil Coerde**

Der Vorsitzende informierte darüber, dass zu der Vorlage die Schnellmeldung über einen abweichenden Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Nord vom 23.01.2007 vorlag, die als Tischvorlage verteilt wurde (Anlage 2). Der Beschluss habe zum Ziel, die jährlichen Berichte über das Erziehungshilfeprojekt (vgl. Beschlusspunkt 4) nicht nur dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien sondern auch der Bezirksvertretung vorzulegen. Ferner verwies Herr Rickfelder auf eine weitere Tischvorlage als Information für die Mitglieder, mit der die Verwaltung Fragen der Bezirksvertretung in der Sache beantwortete (Anlage 3).

Frau Dr. Hanke führte inhaltlich in die Vorlage ein. Sie erläuterte Zielgruppe und Konzeption des Projekts. Es gehe vor allem darum, bereits vorhandene Strukturen und Angebote zu vernetzen, um soziale Schwierigkeiten künftig nicht reagierend im Sinne einer „Reparatur“, sondern präventiv zu bearbeiten, bevor gravierende Probleme erst entstehen.

In der sich anschließenden Diskussion wurde das Anliegen der Vorlage begrüßt und der Wunsch geäußert, vergleichbare Maßnahmen früher, als nach einem dreijährigen Projektzeitraum, in weiteren Stadtteilen einzurichten. Dabei wurde auf die Bedeutung individueller und für die Bereiche maßgeschneiderter Lösungen verwiesen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden bestand Einvernehmen, den abweichenden Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Münster-Nord zu übernehmen.

Anschließend beschloss der Ausschuss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das nachfolgend beschriebene Erziehungshilfeprojekt ab Beginn des Jahres 2007 in Coerde für drei Jahre als Modell, mit der Zielsetzung der Entwicklung und dem Ausbau frühzeitiger Präventionsangebote sowie dem Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems, umzusetzen.
2. Der Rat stimmt zu, dass für den Stadtteil Coerde eine Koordinationsstelle (1,0 Stelle) für eine/-n Dipl. Sozialarbeiter/-in bzw. eine/-n Dipl. Sozialpädagogin/-en befristet für drei Jahre (2007-2009) eingerichtet wird. Die Stelle wird in zwei 0,5 Stellen aufgeteilt. Eine 0,5 Koordinationsstelle wird im Kommunalen Sozialdienst, Bezirk Nord befristet eingerichtet. Die zweite 0,5 Koordinationsstelle soll bei einem freien Träger im Sozialbezirk Coerde angesiedelt werden. Sie wird im konsensualen Verfahren in Rückkopplung zum Arbeitskreis Coerde besetzt. Sinnvoll ist hier, eine zentral tätige Fachkraft aus dem Stadtteil auszuwählen. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem ausgewählten Träger eine Leistungsvereinbarung abzuschließen.
3. Der Rat stimmt zu, dass die anfallenden Personalkosten und die weiteren Projektmittel für zunächst drei Jahre (2007 – 2009) mit 60.000 € jährlich aus Haushaltsmitteln der Hilfen zur Erziehung (HH St. 4551.770.0000.X) aufgewendet werden. Dies ist möglich, da durch den präventiven Ansatz des Projektes Einspareffekte im Bereich der kostenintensiven Hilfen zur Erziehung erwartet werden.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien und in der Bezirksvertretung Nord in jährlichen Abständen über das Erziehungshilfeprojekt in Coerde berichtet.
5. Mit der Beschlussfassung zu dieser Vorlage sind die Anliegen folgender Anträge in Bezug auf den Sozialraum Coerde aufgegriffen worden:
  - den Antrag der CDU-Fraktion ‚Präventive Hilfen zur Erziehung‘ vom 22.02.2005 (Anlage 1),
  - den Ratsantrag der Fraktion Bündnis 90/GAL ‚Alle Chancen von Anfang an!‘ vom 02.05.2005 (Anlage 2),
  - den Ratsantrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion ‚Trägerübergreifendes Forum zur Koordinierung und Bündelung der Angebote schaffen‘ vom 01.02.2005 (Anlage 3) und
  - den Ratsantrag der SPD-Fraktion ‚Keine Schultüte ohne Deutschstunde - vorschulische Sprachförderung für jedes Kind‘ vom 03.05.2005 (Anlage 4).

Kosten/Folgekosten

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass in den Haushaltsjahren 2007 bis 2009 Kosten von 60.000 € jährlich für Personal und Projektmittel entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt über Veränderungsblätter im Entwurf des Haushaltsplans 2007 zu veranschlagen:

<b>Ausgaben</b>				
<b>Haush.- stelle</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkung</b>
4551.760.9000.7	Präventionsprojekt Coerde	2007- 2009	je 60.000 €	neue HHSt.
4551.770.0000.X	Heimerziehung, betreute Wohnform, Abklärung	2007- 2009	je -60.000 € <sup>1</sup>	Reduzierung HH-Ansatz“

**Punkt 9 der Tagesordnung  
V/0815/2006**

**Gesamtkonzept zur Ferienbetreuung von Grund-  
schulkindern in Münster - Koordination aller  
Maßnahmen**

Es wurden verschiedene Fragen zur zeitlichen Organisation, den Elternbeiträgen und nach den Trägern der Angebote zur Ferienbetreuung von Grundschulkindern gestellt. Frau Pohl sagte zu, den Mitgliedern die detaillierten Informationen über die Träger und ihre Maßnahmen zuzuschicken.

Frau Dr. Obst beantragte,

„Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Dem der Begründung zugrundeliegenden Konzept zur Ferienbetreuung für Grundschul-  
kinder wird unter Berücksichtigung folgender Änderungen hinsichtlich des Anmeldeverfah-  
rens zugestimmt:
  - An Offenen Ganztagschulen angemeldete Kinder, die über die sechswöchige Fe-  
rienbetreuung hinaus am übrigen Ferienbetreuungsprogramm teilnehmen, und alle  
anderen Kinder melden sich wie entsprechend festgelegt an. Bei Anmeldung ist eine  
Vorauszahlung auf die Teilnahmegebühr in Höhe von 20 % der Gesamt-gebühr zu  
entrichten. Nimmt ein Kind ohne hinreichenden Grund nicht an einer Ferienbetreu-  
ung teil, für das es angemeldet ist, verfällt diese Vorauszahlung.
  - Die Verwaltung wird beauftragt, das in dieser Vorlage festgelegte Konzept insbe-  
sondere im Hinblick auf die Anmeldung von Kindern aus Offenen Ganztagschu-  
len zu der ihnen zustehenden sechswöchigen Ferienbetreuung im Laufe des fol-genden  
Jahres 2008 einen Bericht vorzulegen, der ggf. Verbesserungsmöglich-keiten auf-  
zeigt. Im Rahmen dieser Evaluierung ist auch eine Gutscheinelösung zu prüfen.
2. [...]“

Es schloss sich eine Diskussion an, in der mehrfach Bedenken gegen die mit dem Änderungs-  
vorschlag vorgesehene Regelung geltend gemacht wurden. Insbesondere der zusätzliche Auf-  
wand für die Abwicklung des Verfahrens wurde von verschiedener Seite als nicht vertretbar  
angesehen.

Der Vorsitzende stellte den Änderungsantrag zur Abstimmung. Er wurde bei 5 Für-Stimmen mit  
10 Gegen-Stimmen abgelehnt.

<sup>1</sup> Einsparung im Bereich der kostenintensiven Hilfen zur Erziehung. Wie in der Vorlage „Controlling im Bereich  
der Hilfen zur Erziehung“ vom 20.05.2005 (Vorlage 0421/2005) ausgeführt, ist es Ziel des Amtes für Kinder,  
Jugendliche und Familien, die Kosten für stationäre und teilstationäre Unterbringungen durch den verstärkten  
Einsatz kostengünstiger ambulanter und präventiver Maßnahmen konstant zu halten und mittelfristig zu senken.

Anschließend beschloss der Ausschuss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Dem vorliegenden Konzept zur Ferienbetreuung für Grundschul Kinder wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren in Zusammenarbeit mit den freien Trägern, Vereinen und Schulen umzusetzen.
3. Die Umsetzung soll bereits im laufenden Schuljahr 2006/2007 sukzessiv erfolgen.
4. Die Richtlinien zur Förderung der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit werden im Punkt 1.2 ‚Ganztägige Betreuung in den Ferien‘ geändert und an das Gesamtkonzept angepasst.
5. Der Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion A-R/0035/2006 vom 01.09.2006 ‚Gesamtkonzept zur Ferienbetreuung in Münster‘ (Anlage 1) ist damit erledigt.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Kosten in Höhe von maximal 648.650 Euro.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die Mittel stehen in der Haushaltsstelle 4511.718.0900.2 ‚Angebote in den Ferien‘ in Höhe von 27.650 Euro und in Zeile 17 ‚Ordentliche Aufwendungen‘ des Teilergebnisplanes der Produktgruppe 0301 ‚Leistungen für Schulen‘ in Höhe von 621.000 Euro vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zum Etat 2007 ff. zur Verfügung.“

#### **Punkt 10 der Tagesordnung V/1043/2006**

#### **Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2005 bis 2015 der Stadt Münster**

Herr Dr. Hauff und Frau Ruten stellten die Methodik und die Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsprognose vor. Sie wiesen auf die Besonderheiten hin, dass bei der Prognose der Stadt Münster, anders als bei vergleichbaren überregionalen Lösungen, kleinräumig auf der Basis von 174 Stadtzellen und altersspezifisch gearbeitet wurde. Mit ihrer Darstellung wollten Sie die Mitglieder des Ausschusses frühzeitig über die ersten Ergebnisse der Untersuchung informieren. Weitergehende Analysen zur demografischen Entwicklung seien noch zu erwarten. Eine fachliche Bewertung der Ergebnisse sei jedoch von der Fachverwaltung bzw. vom Fachausschuss vorzunehmen.

Als wesentliches Ergebnis der Prognose sei davon auszugehen, dass die Kinderzahl in der Stadt Münster abnehmen werde. Die Ergebnisse der Prognose insgesamt würden noch in einer Dokumentation zusammengestellt.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

#### **Punkt 11 der Tagesordnung V/1042/2006**

#### **3. Kindertageseinrichtung im Neubaugebiet Gievenbeck-Südwest - nördlicher Teil - Baubeschluss -**

Herr Brockhausen vom Amt für Gebäudemanagement führte in die Vorlage ein, erläuterte die architektonische Lösung des beauftragten Architekten und verwies darauf, dass die Freiraumplanung noch folgen werde.

Frau Hakenes und Frau Möllers kritisierten die Planung mit Blick auf das Anliegen, Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterzuentwickeln. Danach würden aus ihrer Sicht für eine gelingende Arbeit weitere Räume, wie z. B. Räume für Beratung und Elterngespräche, fehlen.

Daraufhin verwies Frau Pohl auf die bereits abgeschlossene Beratung und Beschlussfassung zum Raumprogramm für die neue Einrichtung. Ferner stellte sie noch einmal den begrenzten Finanzrahmen zur Realisierung des Projekts dar. Daher seien Raumprogrammerweiterungen aus ihrer Sicht nicht möglich. Frau Pohl erläuterte aber die flexiblen Nutzungsmöglichkeiten der geplanten Räume und ihre Eignung für ein Familienzentrum.

Der Ausschuss beschloss einstimmig bei 6 Enthaltungen, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Der Neubau der 3. Kindertageseinrichtung im Neubaugebiet Gievenbeck-Südwest wird nach den Plänen des Architekturbüros Schmidt –Zerbel aus Münster vom Dezember 2006 ausgeführt (s. Anlage 1).
2. Die Checkliste zur Berücksichtigung der bauökologischen Kriterien wird zur Kenntnis genommen (s. Anlage 2).
3. Die Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen werden zur Kenntnis genommen.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Baufertigstellung bis Herbst 2007 erfolgen soll.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Kindergarten von der LEG Standort- und Projektentwicklung Essen GmbH auf der Grundlage eines noch abzuschließenden Sondervertrages errichtet wird.

Kosten/Folgekosten

6. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die erforderlichen Investitionskosten für den Bau der Kindertageseinrichtung ausschließlich von der LEG im Rahmen Ihrer vertraglichen Verpflichtung getragen werden.

Es wird ferner zur Kenntnis genommen, dass jährliche Folgekosten in Höhe von bis zu rd. 370.000,00 € als Betriebskosten für die Kindertageseinrichtung entstehen.

Es ist vorgesehen, die Kindertageseinrichtung auf einem im Eigentum der Stadt befindlichen Grundstück zu errichten, von einem Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe betreiben zu lassen und die Einrichtung an diesen Träger zu vermieten.

Die o. g. Kosten werden um den Trägeranteil gemindert. Die Höhe des Trägeranteils sowie die dann verbleibenden Zuschusskosten werden im Rahmen der Entscheidung über die Betriebsträgerschaft beziffert.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

7. Die oben genannte Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Der erforderliche gesetzliche Betriebskostenzuschuss der Stadt Münster (GTK-Förderung und Förderung der u3-Gruppen) stehen vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zum Entwurf des HH-Planes 2007 wie folgt zur Verfügung.

<b>Ausgaben</b> Verwaltungshaushalt				
<b>Haush.- stelle</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- Jahr</b>	<b>Betrag €</b>	
4640.718.0200.9	Betriebskostenzuschuss an freie Träger	2007 ff.	250.000,00	Gesamtansatz 36.027.930,00 €
4640.718.0500.7	Maßnahmen i. R. des u-3- Programms	2007 ff.	120.000,00	Gesamtansatz 2.400.000,00 €

**Einnahmen**

Landeszuschüsse zu den Betriebskosten erhält Münster nur dann, wenn Bedarfsanpassungen an anderer Stelle vorgenommen werden oder zusätzliche Landesmittel durch Nichtaus-schöpfung anderer Gemeinden frei werden. Weitere Möglichkeiten werden fortlaufend ge-prüft und abgestimmt. Im Rahmen von Bedarfsanpassungen und durch Umstrukturierungen durch Ausbau der u3-Betreuung stehen Gruppen zur Kompensierung zur Verfügung. In wel-chem Umfang diese für die Kita Gievenbeck eingesetzt werden können, entscheidet letztlich das Land NRW. Die Stadt Münster hat die neue Einrichtung und die entsprechenden Grup-penverlagerungen dem Land gemeldet. Eine abschließende Entscheidung steht noch aus.“

**Punkt 12 der Tagesordnung****Verschiedenes**

Frau Möllers fragte nach dem Stand des Verfahrens zu einem Antrag des Vereins Zugvogel e. V., der vor geraumer Zeit die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe beantragt habe. Frau Pohl informierte den Ausschuss darüber, dass sich der Antrag in der juristischen Prüfung mit Blick auf die Tätigkeit des Trägers in dem Teilbereich der Jugendhilfe befinde. Sie stellte eine entsprechende Vorlage für die Sitzung des Ausschusses am 01.03.2007 in Aussicht.

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

gez.

Josef Rickfelder  
Vorsitz

gez.

Heinz Lembeck  
Schriftführung